

Kommission für Staatspolitik
und Aussenbeziehungen

Commission des institutions
politiques et des relations exté-
rieures

Parlamentsdienste des Grossen Rates
Postgasse 68
Postfach 562
3000 Bern 8
Telefon +41 (0)31 633 75 81
Telefax +41 (0)31 633 75 88
www.be.ch/gr

An die Vernehmlassungsadressaten
(gemäss separater Liste)

Bern, 18. November 2020

Parlamentarische Initiative: «In dubio pro populo: Volksvorschläge vor grossrätlichen Eventualanträgen» – Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren



Der Grosse Rat unterstützte am 3. September 2018 die parlamentarischen Initiative «In dubio pro populo: Volksvorschläge vor grossrätlichen Eventualanträgen» (285-2017) vorläufig. Die parlamentarische Initiative verlangt eine Umkehrung der Ausschlusswirkung des Eventualantrags gegenüber dem Volksvorschlag, um die «taktische» Verhinderung eines Volksvorschlags zu verunmöglichen. Die Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK) wurde mit der Ausarbeitung einer Vorlage beauftragt und gibt vorliegend über ihre Arbeiten und die Ergebnisse ihrer Beratungen Auskunft.

Neben dem geltenden Recht legt die SAK Ihnen drei Änderungsmöglichkeiten vor: Die erste Variante entspricht der eingereichten parlamentarischen Initiative «In dubio pro populo: Volksvorschläge vor grossrätlichen Eventualanträgen» und verlangt eine Änderung des Artikels 63 der Berner Kantonsverfassung. Die zweite Änderungsmöglichkeit «Qualifiziertes Mehr für den Eventualantrag» könnte auf Gesetzesstufe umgesetzt werden. Mit der ersten Änderungsmöglichkeit würde die «taktische» Anwendungsmöglichkeit des Eventualantrags ganz verhindert, mit der zweiten Änderungsmöglichkeit würde sie erschwert. Die dritte Änderungsmöglichkeit würde die beiden Instrumente Eventualantrag und Volksvorschlag abschaffen.

Die SAK ersucht insbesondere um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Unterstützen Sie eine Änderung des geltenden Rechts zu obenerwähnter Thematik oder bevorzugen sie die jetzige Regelung?
2. Wenn Sie zwischen den drei Änderungsmöglichkeiten auswählen müssten, für welche Variante würden Sie sich entscheiden?
3. Oder würden Sie eine andere Änderungsmöglichkeit bevorzugen und wenn ja, welche?

Die Vernehmlassungsunterlagen stehen im Internet unter folgender Adresse zur Verfügung: www.be.ch/vernehmlassungen. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis am **3. März 2021**.

Ihre Vernehmlassungsantwort richten Sie bitte per E-Mail oder auf dem Postweg an:

Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen

Parlamentsdienste des Grossen Rates

Postgasse 68, 3011 Bern

E-Mail: gr-gc@be.ch

Tel.: 031 633 75 75

Für Ihre Teilnahme an der Vernehmlassung danken wir Ihnen schon im Voraus bestens.

Freundliche Grüsse

**Kommission für Staatspolitik und
Aussenbeziehungen**



Hannes Zaugg-Graf
Präsident

Beilagen

Vernehmlassungsunterlagen

- Entwurf Erlassänderungen
- Vortrag zum Entwurf der Erlassänderungen
- Gutachten zuhanden der SAK des Kantons Bern zur parlamentarischen Initiative (PI) 185-2017 (Alexander Trechsel, Universität Luzern)
- Liste der Vernehmlassungsadressaten
- Medienmitteilung